



Stadt Bergheim

Kreisstadt des Rhein-Erft-Kreises

B E S C H L U S S

aus der 27. Sitzung Rates

vom Montag, den 07.05.2007 um 17:00 Uhr

I. Öffentliche Sitzung

TOP 4.

"Änderung des Gebietsentwicklungsplanes (GEP) zur Kraftwerkserweiterung am Standort BM-Niederaußem", Antrag der CDU-Fraktion vom 04.04.2007 und "Abschalten alter Kraftwerksblöcke der RWE-Braunkohlenkraftwerke", Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.04.2007

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten unter Berücksichtigung des Ratsbeschlusses vom 24.03.2003, der Sitzungsvorlage von heute sowie der aktuellen Planung von RWE-Power einen neuen Beschlussvorschlag zu erarbeiten und die Fraktionen und Bürger rechtzeitig in das Verfahren einzubinden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beratungsverlauf:

Der Rat erteilt Herrn Tippkötter und Herrn Dr. Schiffer Rederecht und stimmt dem Technikeinsatz zu.

Herr Tippkötter führt zum Kraftwerksbetrieb unter dem Aspekt Klimaschutz aus. Herr Dr. Schiffer legt die Planung für das nächste Braunkohlenkraftwerk dar. Unterstützt von einer PowerPoint-Präsentation führt Herr Dr. Schiffer u.a. zur Standortuntersuchung, Planung und Ergänzung der Bekohlung und Untersuchungen aus; die verwendeten Folien sind als Kopie der Niederschrift beigelegt.

Nach dem Vortrag führt Herr Düchting zu den wichtigen und berechtigten Anliegen der Stadt im Rahmen der Planung aus. Abschließend trägt er den gemeinsamen Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion, bma-Fraktion und FDP-Fraktion vor,
„Die Verwaltung wird gebeten unter Berücksichtigung des Ratsbeschlusses vom 24.03.2003, der Sitzungsvorlage von heute sowie der aktuellen Planung von RWE-Power einen neuen Beschlussvorschlag zu erarbeiten und die Fraktionen und Bürger rechtzeitig in das Verfahren einzubinden.“

Anschließend begründet Herr Jütte den Antrag der Fraktion B90/Die Grünen. Dem Klimaschutz komme eine große Bedeutung zu. Problematisch erscheinen neue Techniken und die Ersetzbarkeit von Braunkohle, neue Techniken und neue Energien brauchen Zeit, gesteht Herr Jütte ein. Er führt frühere Zusagen zur Reduzierung der Kohlenmenge und Stilllegung von Altanlagen an, diese Zusagen werden seiner Meinung nach nicht eingehalten. Des Weiteren moniert er den hohen CO₂-Ausstoß von Braunkohlenkraftwerken, RWE sollte seinen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Daran anknüpfend führt Herr Tippkötter zur CO₂-Belastung und deren Verringerung aus. Viele Aspekte

seien zu berücksichtigen, vor allen Dingen sind neue Techniken zu testen, die den Wirkungsgrad erhöhen und den CO₂-Ausstoß verringern. Diese Studien werden voraussichtlich 2014 abgeschlossen sein. Bis dahin ist jedoch der Einsatz von Braunkohle zur Energieerzeugung unverzichtbar. Er zeigt verschiedene internationale Zusammenhänge und zwischenzeitlich ergangene Gesetzesänderungen auf. Herr Tippkötter versichert, dass die Zusagen entsprechend der Genehmigung eingehalten werden.

Auf Nachfrage von Frau BMin erläutert Herr Tippkötter notwendige ökonomische Entscheidungen des Konzerns. Zwischenzeitlich konnte der Personalabbau nahezu gestoppt werden, hochqualifizierte Mitarbeiter sollen gehalten werden. Zum Bau von Biomassekraftwerken führt er aus, dass vier Objekte geplant sind, u.a der Standort Niederaußem. Vor allen Dingen sollen die Anliegen der Anrainer berücksichtigt werden. Am Ende des Verfahrens werde ein Katalog erstellt, der abschließend besprochen wird. Zur Erfüllung mancher berechtigter Forderung werde RWE dann entsprechende finanzielle Mittel einsetzen, sagt Herr Tippkötter zu.

Herr Hunke und Herr Hirseler mahnen eine offene Informationspolitik seitens RWE an und fordern die Einhaltung der seinerzeit gemachten Zusagen. Herr Hirseler fügt noch Fragen zur CO₂-Einsparung, zum Bezug von Braunkohle nach dem Jahr 2045(vorauss. Erschöpfung der Vorräte) und zur Entwicklung der Arbeitsplätze seit 1997 an.

Herr Dr. Schiffer versichert, dass über Planungen entsprechend informiert werde. Die derzeitige Situation müsse man auch unter Berücksichtigung der geänderten Rahmenbedingungen sehen. Er zeigt die Förderung der rhein. Braunkohle und deren Verstromung im Zeitraum von 1990 bis 2006 auf. Bezogen auf die Arbeitsplätze erläutert er, dass fast alle Komponenten aus der Region bzw. aus NRW bezogen.

Herr Dr. Faßbender merkt an, dass es durchaus verschiedene Sichtweisen und daraus resultierende Interessenslagen gebe, die für sich gesehen verständlich sind. Er spricht sich grundsätzlich für die Braunkohlenverstromung aus. Er fragt, was im Rahmen der Genehmigung von BOA 1 von RWE zugesagt wurde

Herr Dr. Schiffer erläutert die Entwicklung von Inbetriebnahmen von Anlagen anhand einer grafischen Darstellung. Zu berücksichtigen seien gesetzliche Regelungen und deren weiterer Wandel, sowie technische Schwierigkeiten.

Herr Tippkötter fügt hinzu, dass bei BOA 1 keine Zusagen bzw. Vereinbarungen gemacht wurden, diese folgten erst bei BOA 2 und 3, die auch eingehalten werden -Außerbetriebnahme in 2009/2012-.

Herr Sewelies fragt zur Möglichkeit einer Umsiedlung Auenheims und ob im Regionalrat alle vier Standortalternativen als geeignet dargelegt wurden.

Die Umsiedlungsmöglichkeit verneint Herr Tippkötter aufgrund fehlender Voraussetzungen, er legt die Gründe und Notwendigkeit für eine Kraftwerkserweiterung am Standort Niederaußem dar.

Es folgt einvernehmlich eine Sitzungsunterbrechung von 20.00 bis 20.12 Uhr.

Nach Wiederbeginn spricht sich Herr Dr. Faßbender namens der SPD-Fraktion für den gemeinsamen Antrag aus. Der Antrag der Fraktion B90/Die Grünen sei zwar sehr facettenreich, in der Sache sollte ein Konsens erzielt werden.

Sodann wird zunächst über den gemeinsamen Antrag abgestimmt.
Abstimmungsergebnis: einstimmig

Danach wird über den Resolutionsvorschlag der Fraktion B90/Die Grünen in der aktuellen Fassung abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen, 23 Nein-Stimmen, 11 Enthaltungen